

Den Wahlzettel zum Denkzettel machen

Denkzettel

... das geht am 14. März 2021! Bei der Kommunalwahl im März 2016 wollten viele Bürgerinnen und Bürger schon Veränderungen. Sie wollten keine Partei wählen, sie wählten eine Gruppe, die von einer Werbeagentur große Plakate bekam und die sich „unabhängig“ nannte. Die SPD, damals noch knapp stärker als die „Neuen und Freien“, machte mit ihnen und der hiesigen Kleinpartei FDP eine Koalition, in der sie mehr oder weniger „unterging“.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich in den vergangenen Monaten erneut über die Stadtpolitik geärgert. Gründe: Man überlegte im Rathaus, die Seegewann zu bebauen. Man hat dort vergessen, dass eine Stadt mit Zukunft auch Frischluftschneisen braucht. Man bastelt an Plänen um zwischen Mörfelden und Walldorf Wohnblöcke zu errichten. Es gab großen Ärger um die geplanten Standorte für die Feuerwehr, es gibt viele unbeantwortete Fragen beim Kläranlagenumbau und drohende gewaltige Gebührenerhöhungen. Viel ärgerten sich auch, weil man die Bücherei aus Mörfelden „weggeplant“ hatte.

Unvergessen auch die erste Handlung der Freien Wähler: Man entfernte alle Protestbanner gegen den Flughafenausbau, die ja auch etwas mit der Geschichte der Stadt zu tun haben. Es dauerte eine Weile, bis die Menschen merkten: Die Freien Wähler sind eine bürgerliche Gruppe mit Leuten, wie wir sie auch bei FDP, CDU und SPD finden. Die „kleinen Leute“ haben nichts von ihnen zu erwarten. Nun ist wieder eine Kommunalwahl, da gibt eine Chance, aus einem Wahlzettel einen Denkzettel zu machen.

Machen Sie mit! Wählen Sie DKP/LL.

Unter Corona-Bedingungen fand am 27. November 2020 im Bürgerhaus Mörfelden die Wahlversammlung der DKP/Linke Liste statt.

Die Veranstaltung war gut besucht. 34 Kandidatinnen und Kandidaten wurden gewählt. Vorn stehen: Gerd Schulmeyer, Fiona Beyermann, Silke

Baumann, Dietmar Treber, Tim Beyermann, Hagen Helbig, Alfred J. Arndt, Ahta Alahe Mirza, Simona Sergi und Harald Fahrbach.

Erneut stehen junge Bewerber*innen an der Spitze der Liste.



Die ersten fünf Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste der DKP/LL. Von links: Spitzenkandidat Gerd Schulmeyer und Fiona Beyermann (vorn). Hintere Reihe: Tim Beyermann, Silke Baumann, Dietmar Treber.

Im diskutierten Programmwurf stehen Themen wie:

„Soziales erhalten und ausbauen - Keine Gebührenerhöhungen - Mehr Geld den Kommunen - Gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums - Wohnen ist ein Grundrecht - Gegen einen weiteren Ausbau des Flughafens.“

Man will sich gegen die angekündigten Erhöhungen der Abwassergebühren wehren und das „Zubauen der letzten Freiflächen in unserer Stadt“ verhindern.

In der Diskussion wurde mehrmals angesprochen: „Linke Opposition ist wichtiger als je zuvor!“

Kein Geld für die Kommunen?

Bei jeder Etatdiskussion, bei jedem Haushaltsplan, hören wir: „Uns fehlt das Geld!“ Es fehlt für Straßenbau, Wohnungsbau, für Kindergärten und Schulen, für Gesundheitsämter usw. Es fehlt natürlich auch für die Sanierung der Kläranlagen. Wer wünscht sich nicht eine moderne zukunftsfähige Anlage?

Aber nach dem Ausbau muss sie auch bezahlt werden. Von wem? Natürlich von den Einwohnern. Das ist halt Kommunalpolitik, heißt es.

Aber wo ist das Geld?

Wir verweisen immer auf die Superreichen, auf Steuerhinterzieher, auf Handelskonzerne die sich gerade in der Corona-Zeit „dumm und dämlich“ verdienen. Wir verweisen auch auf eine andere Quelle. Die Rüstungsindustrie macht Gewinne wie nie zuvor, weil sie von Spannungen und Konflikten profitiert.

Zustimmung und Schulterklopfen

Die 600. Ausgabe des „blickpunkt“ im Dezember hat uns viel Zustimmung gebracht und ein Presseecho, das uns sehr freute. Manch einer, der uns auf die Schulter klopfte fragte: „Wie schafft ihr das?“

Herstellen, finanzieren, verteilen? Wir können es, weil wir viel Unterstützung haben.

Wir bekommen Informationen und viele Spenden.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns weiter finanziell helfen, „über die Runden“ zu kommen.

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN-
DE37508525530009003419.

Die finanzielle Seite ist sehr wichtig und natürlich die enge Verbundenheit mit der Stadtpolitik. Wir sind dabei, erhalten Informationen bei den Rathaussitzungen und auf der Straße. Das sollte so weitergehen. Auch deshalb ist es wichtig, bei der Kommunalwahl die DKP/LL zu wählen.

Im neuen Bundeshaushalt gibt es jetzt einen „Verteidigungsetat“ mit mehr als 46 Milliarden Euro. Die CDU/CSU, assistiert vor allem von FDP und AfD, wollen die Rüstungsausgaben auf nie dagewesene Höhen treiben. Bis 2031 sollen sie jährlich zwei Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. Finanziert werden sollen damit unter anderem 30 Atombomber aus den USA, die, begleitet von 15 Kampffjets für die Zerstörung von Zielen in Russland vorgesehen sind.

In den letzten Monaten hat sich politisch und gesellschaftlich vieles verändert. Nur eines ist „normal“ geblieben: die Aufrüstung, der Militarismus nach Innen und Außen.

Angesichts eines desolaten Gesundheitssystems, fehlender Mittel für Arbeit, Soziales, Bildung, Wissenschaft und internationale Hilfe zur Selbsthilfe, fordern wir eindringlich und immer wieder: Abrüstung.

Um 35 Prozent ist das Budget des Verteidigungsministeriums zwischen den Jahren 2015 und 2020 gestiegen. Die große Koalition will den Etat von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) noch einmal um 2,6% wachsen lassen.

Vor etwas mehr als einem Jahr hatte Annegret Kramp-Karrenbauer offensiv gefordert, dass Deutschland mehr Verantwortung „in der Welt“ übernehmen müsse. Und wenn eine Verteidigungsministerin das sagt,

meint sie nicht nur die Diplomatie. Sie sagte damals der „Süddeutschen Zeitung“: Deutschland müsse „offen damit umgehen, dass wir – so wie jedes andere Land dieser Welt – eigene strategische Interessen haben“. Und es müsse bereit sein, „die damit verbundenen Kosten zu tragen – finanziell, politisch und moralisch“, wie Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble es jüngst formuliert hat. Nur so könne Deutschland „ein internationales Umfeld beschützen und gestalten, das unseren Werten und Interessen gemäß ist“.

Eine große Aufregung über das, was sich da anbahnt, gab es nicht - obwohl es vor allem um militärische Einsätze ging. Als der damalige SPD-Verteidigungsminister Peter Struck 2002 Deutschlands Beteiligung am Krieg in Afghanistan mit dem Satz rechtfertigte „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, war das noch anders.

Mehr Entspannungspolitik und weniger Militarisierung der Außenpolitik - das fordern der DGB, Verdi, IG Metall, die Bewegung Black Lives Matter, Naturfreunde, IPPNW, BUND-Jugend, Fridays for Future, Greenpeace und andere Gruppen in ihrem „Frankfurter Appell“. Der Bundeshaushalt muss viel stärker auf die drohende Klimakrise ausgerichtet werden. Jeder Euro, der in die Hochrüstung investiert wird, fehlt an anderer Stelle. Auch bei uns im kommunalen Haushalt.



SPD-Spitze will offenbar doch keine Beschaffung bewaffneter Drohnen

... ein Erfolg der Friedensbewegung! Es gab eine große Kampagne. Appelle von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, E-Mails und hunderte Briefe setzten die SPD unter Druck.

Nun heißt es in den Medien: Die SPD-Fraktion habe sich darauf verständigt, einer Bewaffnung der Drohne Heron TP vorerst nicht zuzustimmen, sondern „ergebnisoffen breit öffentlich zu diskutieren“. Der verteidigungspolitische SPD-Sprecher Felgentreu hat sein Amt niedergelegt.

Das ist gut. Die CDU/CSU schäumt, das ist auch gut. Für 2021 wünschen wir jedenfalls, dass die Friedensbewegung wieder stark wird, das wäre sehr gut.

Kommunalwahl 2021

In Mörfelden-Walldorf wählt man am besten DKP/LL

Was wäre das politische Leben in unserer Stadt ohne die DKP und ihren „blickpunkt“?

Ohne die DKP / Linke Liste eine „Linke Opposition“, die Fakten beim Namen nennt und veröffentlicht.

Die ständig auf den Zusammenhang von „großer“ und „kleiner“ Politik verweist: „Wenn oben das Geld falsch ausgegeben wird, fehlt es unten in der Kommune.“

Nicht alles was uns vor Ort bewegt kann man „vor Ort“ verändern. Aber man muss alles tun, damit sich was ändert.

Viele kennen die Probleme oder sie spüren sie im täglichen Leben.

Steigende Kosten insbesondere für Wohnen und Gesundheit, Sozialabbau auf allen Ebenen, Verschlechterung der medizinischen Versorgung, unzureichende Rente im Alter treffen viele Menschen. Und das in einem der reichsten Länder dieser Welt.

Derweilen verzeichnen die großen Kapitalgesellschaften Riesenprofite, weltweite Bundeswehreinräumungen und Aufrüstung zehren am Haushalt. Die Reichen werden reicher und die Armen werden mehr.

Wir meinen:

Solidarität und eigenes Handeln sind erforderlich, um die Welt gerechter und friedlicher zu machen. Das geht auch in der Kommunalpolitik.

Die DKP / LL, (Kommunisten in der DKP, Mitglieder der Partei DIE LINKE und parteilose Menschen) setzen sich für eine solidarische Stadt ein:

- für eine menschliche Stadtverwaltung, die niemanden mit seinen Problemen allein lässt

- für bezahlbaren Wohnraum
- für eine solide medizinische Versorgung und ein sorgenfreies Leben im Alter

- für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

- für eine Neuorganisation am Frankfurter Flughafen (Nach den Einschnitten während der Corona-Pandemie müssen die Flugbewegungen drastisch reduziert werden)

- für Abrüstung und Frieden - das Geld für Aufrüstung oder Kriegseinsätze wird in den Kommunen gebraucht

Die DKP/Linke Liste setzt sich seit vielen Jahren außerparlamentarisch und im Stadtparlament für die Interessen der „kleinen Leute“ ein.

Jetzt finden sich „neue“ Gesichter auf unserer Liste, junge Menschen mit frischen Ideen. Sie können sie kennenlernen und bei der Kommunalwahl wählen.

Wer schrieb eigentlich den „Faktencheck“?

Die SPD hat großflächig ein 4-seitiges Flugblatt zu Sanierung und Erweiterung der Kläranlage verteilen lassen. Darin spricht sie von einem „Faktencheck“.

Zitat: „SPD führt Gespräche mit BI und Kläranlagenleiter. ... Georg Lautenschläger ... hat die beabsichtigten Investitionen konsequent verteidigt und diese fachlich kompetent erläutert. Die Argumente stellen wir Ihnen auf den folgenden Seiten in einem „Faktencheck“ zur Verfügung.“

Dann übernimmt offenbar der Kläranlagenchef das Flugblatt und den Faktencheck. So jedenfalls kommt es rüber.

Hat die SPD auch noch eine eigene Meinung? Auf der letzten Seite ein Nachsatz: „Die Sanierung, Modernisierung und begrenzte Erweiterung der Kläranlage unserer Stadt ist dringend notwendig.“ ... etc.

Das bestreitet eigentlich niemand.

Die Vorwürfe, die seit Monaten in der Stadt diskutiert wurden, sind durch das SPD-Flugblatt nicht ausgeräumt. Man wird darauf noch oft zurückkommen. Vor der Wahl und nach der Wahl.

Die „Fakten“ liegen doch auf der Hand:

Die Sanierung und Erweiterung unserer Kläranlage kostet - (Stand heute) 55 Millionen Euro. So teuer kommt in weitem Umkreis keine andere Kläranlage.

Die Riesensumme ist auf zahlreiche „Luxusplanungen“ zurückzuführen, wo an vielen Stellen praktisch der „Maserati“ gekauft wurde, obwohl es ein „Opel“ auch getan hätte.

Infolge dieser Planungen wird die Abwassergebühr auf eine rekordverdächtige Höhe klettern. Ob tatsächlich die bisher errechneten 5.00 Euro / Kubikmeter, oder „nur“ 4.50 Euro / Kubikmeter - es bleibt bei einem Angriff auf den Geldbeutel der Einwohnerschaft, der vermeidbar ist.

Mehr zum Thema auf: www.dkp-mw-de und www.dkp-ll.de

Gebühren „versickern“ im Haushalt

Lange war es selbstverständlich, dass Überschüsse bei den Stadtwerken vollständig dort verbleiben, um notwendige Maßnahmen für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu finanzieren. Inzwischen werden dem Eigenbetrieb alljährlich hohe Beträge zum Ausgleich des Gesamthaushalts entzogen.

Der Stadtkämmerer nimmt, was er kriegen kann. Die SPD/FW/FDP-Koalition hat jetzt den „Jahresgewinn 2017“ aus dem Abwasserbereich (knapp 380.000,-€) dem Haushalt der Stadt „zugeführt“.

Beim Wasser wurde eine Konzessionsabgabe von über 90.000,-€ fällig. Mit kostendeckenden Gebühren hat das nichts mehr zu tun. Hier steht zunehmend eine Gewinnerzielung im Vordergrund, die abgeschöpft

wird. Die DKP/Linke Liste lehnt das ab- auch vor dem Hintergrund explodierender Kosten bei der Erneuerung der Kläranlage.

Noch höhere Grundsteuer in Sicht

Die Grundsteuer B sollte im kommenden Jahr geringfügig gesenkt werden. Beim Nachtrag hat die Koalition jetzt beschlossen, sie unverändert bei 790 Punkten zu belassen, was auch für 2021 Einnahmen von über 8,8 Millionen € bedeutet. Hauseigentümer und Mieter werden weiter hoch belastet. Für die Folgejahre sind sogar noch deutlich höhere Einnahmen veranschlagt. Im Jahr 2024 will die Koalition knapp 13,4 Millionen aus der Grundsteuer B einnehmen. Das wäre eine Erhöhung um über 50%! Ein Grund mehr, am 14. März nicht SPD, FW oder FDP zu wählen.

Endlich die Superreichen besteuern

Seit Jahren nimmt die Konzentration von Vermögen zu. Die Ungleichheit bei den Vermögen ist in Deutschland wieder auf einem Niveau wie zur Kaiserzeit. Das reichste ein Prozent besitzt rund ein Drittel des gesamten Nettovermögens.

Diese Vermögen bestehen zu einem Großteil aus Eigentum an Unternehmen oder Anteilen daran. Die Hälfte der Bevölkerung hingegen besitzt unter dem Strich fast Nichts.

Eine Steuer auf große Vermögen könnte für die Bundesländer Einnahmen von über 50 Milliarden Euro bringen. Außerdem: Wirtschaftliche Macht erzeugt politische Macht und gefährdet somit die Demokratie: Das Ahlener Programm der CDU von 1947 forderte noch die „Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte.“

Die Coronakrise hat jetzt die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter geöffnet. Die einen haben ihren Job oder ihr Geschäft verloren. Wer auf der Suche nach Arbeit war, bleibt weiter arbeitslos. Ihre Kinder werden geringere Chancen haben, schlechtere Bildung erfahren und häufiger krank sein.

Auf der anderen Seite feierten Milliardäre und Multimillionäre wie die Quandts und Klattens eine Corona-Party mit massiven Vermögenszuwächsen. Während Tausende BMW-Mitarbeiter zu Kurzarbeitergeld verdonnert wurden, zogen die BMW-Eigner Hunderte Millionen Euro Dividende aus BMW-Aktien. Und der Knorr-Bremse Aktionär Thiele profitierte als Großaktionär von der Lufthansa-Rettung. Die Vermögenden in Deutschland entstammen meist Familien, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg zu den Reichsten gehörten. Abstammung entscheidet somit über Lebenschancen. In Berlin und Wiesbaden muss gelernt werden: Wachsende Ungleichheit ist kein Naturgesetz.

Verschwörungen

Etwa ein Drittel der Menschen glaubt, dass geheime Mächte die Welt regieren. Allerdings wissen sie noch nicht, dass diese börsennotiert sind.

Solidarität statt Egoismus

Es gibt immer wieder „Querdenker“-Demos. Meist ohne Masken.

Aber es gibt immer wieder auch Gegendemonstranten. Die sagen zu recht: Man muss sich gemeinsam den Antisemiten, Verschwörungstheoretikern, Reichsbürgern, Neonazis und Realitätsverleugnern entgegenstellen.

Im Gegensatz zu den selbsternannten „Querdenkern“ müssen wir das Grundrecht auf Gesundheit aller Menschen verteidigen und gleichzeitig einen solidarischen Umgang miteinander einfordern. Was wir brauchen, ist mehr Solidarität.

Egoismus oder sogar das Leugnen der Pandemie sind brandgefährlich. Besonders gefährdete Gruppen wie chronisch Kranke und betagte Menschen müssen geschützt werden.

Wir brauchen einen Schutzschirm für die Menschen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

Der Zugang zum Gesundheitssystem ist nicht für alle Menschen gleichermaßen vorhanden.

Während die Reichen auch während der Pandemie noch reicher werden, arbeiten Pflegekräfte, Medizinerinnen und Mediziner, Beschäftigte in Apotheken und im Einzelhandel bis zum Umfallen. Erzieherinnen, Reinigungskräfte und die Kolleginnen bei den Paketdiensten sowie der Müllabfuhr „kriechen auf dem Zahnfleisch“. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wir brauchen wesentlich mehr Solidarität für die Menschen, die die Pandemie tagtäglich bekämpfen und dabei zu oft allein gelassen werden.

Die „Machbarkeitsstudie“

Ein Redebeitrag von Dietmar Treber in der Stadtverordnetenversammlung zur „Machbarkeitsstudie zur Wohnbebauung im See“.

„Heute liegen zwei Anträge „Machbarkeitsstudie zur Wohnbebauung im See“ vor. Hintergrund dafür ist das Programm „Der große Frankfurter Bogen“.

Um was geht es da? Um es auf den Punkt zu bringen: Die Wohnungsprobleme der Stadt Frankfurt sollen gelöst werden oder das Umland soll die Not der Metropole beheben. Um das Ganze für die Umlandkommunen schmackhaft zu machen, gibt es finanzielle Unterstützung.

In den Augen mancher „Freier Wähler“ blitzen vermutlich schon die Eurozeichen, Bauspekulanten sehen schon die Baggerrollen und die örtliche SPD meint, Zitat: „Der große Frankfurter Bogen ist eine einmalige Chance, die wir nicht versäumen dürfen.“

Die Chancen sehen also konkret so aus: SPD mit FW und FDP wollen die Seegärten bebauen. Nichts anderes bedeutet ihr Antrag zur Machbarkeitsstudie zur Wohnbebauung im See. Beton also, statt Grün.

Liebe Leute von der SPD und der Koalition, stellt euch jetzt nicht hin und sagt, wir wollen doch nicht den See zubauen; wie in der letzten Stadtverordnetenversammlung geschehen.

Das glaubt kein Mensch. Wie anders ist der Antrag sonst zu verstehen.

Wer nicht die Absicht hat zu bauen, braucht auch keine Studie dazu, ob eine Gemarkung zur Wohnbebauung umgewandelt werden kann.

Bemerkenswert in dieser Diskussion ist die Aussage des 1. Stadtrates Ziegler. Er bezeichnet die Seegärten als „illegal“. Auf Facebook schreibt er dazu: Zitat: „Da sieht man sehr gut die



Aber deutlich sagen:

„Wir wollen die Seegärten nicht zubetonieren!“

Scheinheiligkeit der Kommunisten... Wenn es um aktiven Naturschutz und Grünflächen ginge – oder um Frischluftschneisen ginge, dann müsste die Forderung sein, alle illegalen Kleingärten zurück zu bauen. ...“

Das ist also die Einschätzung und Wertschätzung gegenüber den vielen Kleingartenbetreibern.

Zum Bauen in unserer Stadt selbst. Ja, es gibt Bedarf. Ca. 400 Menschen stehen auf einer Liste, die eine Wohnberechtigung haben. Für diese Menschen muss es Lösungen-Wohnraum geben. Der große Frankfurter Bogen allerdings wird aber genau diesen Menschen nicht helfen.

Was fehlt, sind Sozialwohnungen oder Wohnungen zu bezahlbaren Preisen. Und genau das wird durch dieses Programm nicht geschehen oder bleibt nur als Randnotiz.

Gerade jetzt sind allein in Mörfelden, an verschiedenen Orten ca. 50 neue Wohneinheiten im freien Wohnungsbau entstanden, die zurzeit vermietet oder bald fertig werden. Wieviel Menschen aus der Liste des Sozialamtes sind denn hier untergekommen? Ich befürchte, kein einziger.

Die Wohnungen sind einfach für die meisten Menschen unserer Stadt unbezahlbar. Bauen allein hilft den Wohnungssuchenden eben auch nicht.

Ja, wir möchten Wohnraum schaffen. Aber nicht um jeden Preis. Und Preis meinen wir auch so, also wörtlich.

Wir wollen Wohnraum zu bezahlbaren Mieten und sozialen Wohnungsbau. Wir wollen die Generationenverantwortung, zu der die Politik immer mahnt, ernst nehmen und für nachfolgende Generationen eine lebenswerte Stadt gestalten und übergeben. Dazu gehören Grüne Lungen, Natur und Freiflächen. Platz für Freizeit und Erholung. Raum zum Atmen, gute Luft, Ruhe. Unsere Stadt braucht dazu Frischluftschneisen. Und genau das sind auch die Gärten im See.

Und nebenbei bemerkt. Fragen Sie doch einmal die Menschen unserer Stadt was sie wollen. Innerhalb weniger Wochen, (die Coronapandemie hat die Aktion leider gestoppt), haben sich über 500 Menschen in unserer Stadt in einer Unterschriftenaktion gegen eine mögliche Seebebauung ausgesprochen.

Und ich prophezeie Ihnen, befragen wir die Menschen dazu in unserer Doppelstadt, Sie erleben das gleiche Fiasko wie im Bürgerentscheid zu den Feuerwehrstandorten.

Wir sagen daher: Kein Beton in den See-Hände weg von einer Bebauung unserer grünen Lungen!“



Aber deutlich sagen:

„Wir brauchen Frischluftschneisen zwischen Mörfelden und Walldorf!“





Die Bäume sind gefällt Der Widerstand wird wachsen

Täglich in den Medien: „Der Kampf um den Dannenröder Forst.“ Jetzt sind die Bäume umgesägt.

Viele in unserer Stadt können sich erinnern an die große Bürgerbewegung „Keine Startbahn/West“. Heute merken immer mehr Menschen, wie wichtig der Kampf damals war und heute noch ist. Sie erinnern sich an junge Leute, die sich an Bäume ketten, an die Solidarität, die sie erfahren haben. Und wir spüren auch noch den Zorn von damals, wenn wir sehen, wie die Leute von den Wasserwerfern attackiert werden. Es ist gut, wenn wir uns erinnern und neuer Protest wächst.

In Startbahn-West-Kämpfen wurde die Grüne-Partei geboren. Die Aktiven im Dannenröder Wald und viele andere fühlen sich heute vom grünen Verkehrsminister des Landes, Tarek Al-Wazir, enttäuscht und verraten. Diese Diskussionen müssen die Grünen aushalten und klären, auf wessen Seite sie stehen.

Den Grünen in Hessen ist die Koalition mit der CDU wichtiger, als die Rettung des Dannenröder Forstes. Das ist

bezeichnend für den Weg, den die Partei eingeschlagen hat.

Fakten die man wissen sollte

Der Dannenröder Forst war ein etwa 1000 ha großer und rund 300 Jahre alter, nachhaltig bewirtschafteter Dauer-Mischwald mit einem hohen Anteil an Buchen und Eichen.

Die Autobahnpläne stammen aus den 1960er Jahren. Die aktuellen Planungen sind 40 Jahre alt. Der Planfeststellungsbescheid für die letzten Bauabschnitte liegt seit 2012 vor.

Wir meinen: In Zeiten von Klimakrise dürfen keine alten Wälder für neue Autobahnen gerodet werden! Viele fragen sich: Warum gab es kein Nachdenken? Warum wurde der Wald vernichtet, obwohl wir neue Erkenntnisse haben?

Es geht auch hier um große Profite und nicht um die Entlastung der vom Straßenlärm geplagten Menschen. Die Projektgesellschaft Deges hat dort gewaltigen Druck gemacht. Das Autobahnstück soll jetzt entstehen in einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) und verspricht den Konzernen und Banken erhebliche Gewinne. Der europäische Bautechnologiekonzern Strabag SE hat über seine Tochtergesellschaft Strabag Infrastrukturprojekt GmbH den Zuschlag für das Autobahnprojekt bekommen. Neben dem Bau

des Teilstücks der A49 zwischen Schwalmstadt und dem künftigen Ohmtal-Dreieck an der Autobahn A5 umfasst das ÖPP-Projekt laut Strabag auch Planung, anteilige Finanzierung, Erhalt und Betrieb eines 62 Kilometer langen Teilstücks zwischen Fritzlar und dem Dreieck. Der ÖPP-Vertrag hat eine Laufzeit von 30 Jahren und endet zum 31. August 2050. Der ehrgeizige Zeitplan sieht vor, den Bau im Herbst 2024 abzuschließen. Dies erklärt den Zeitdruck, der sich auch in dem rigorosen Vorgehen der Polizeikräfte niedergeschlagen hat.

Wie weiter?

Während die Polizei räumte, gab der Starpianist Levit ein berührendes Konzert im Dannenröder Forst.

Die Solidarität war dort breit und beeindruckend wie früher bei uns. Kirchenleute, Kulturschaffende, Gewerkschafter, Grüne, Kommunisten und andere Linke, Rentner, Alte und Junge. Aber auch: Wie bei uns damals, der Wald ging trotzdem verloren!

Die Kämpfe um den Erhalt der Natur, die Proteste der jungen Menschen bei „Fridays for Future“ und vielen anderen gehen jedoch weiter. Sie müssen weitergehen. Nur wer den Kopf hebt, der wird gesehen! Es wird mehr nachgedacht werden müssen, wie eine für die jungen Leute lebenswerte klimagerechte Welt auszusehen hat. Es wird mehr Vernetzungen geben und sie werden kommen.

Umweltbewegung und Friedensbewegung nähern sich wieder an, das ist sehr wichtig. Es wird weiter gedacht und weiter gehandelt.



Die SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) bei ihrem Einsatz im „Startbahn/West-Wald“

INFOS



Mehr Informationen zum Thema
Klima und Waldvernichtung?

Schreibt uns auf Facebook, Instagram oder per Mail.



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



Instagram.com/dkpmoewa



facebook.com/DKPLinkeListe

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Regionalflughäfen in der Corona-Krise

Die Pandemie ist nicht die Ursache der Schieflage dieser Flughäfen, sie verstärkt lediglich die Probleme. Viele Regionalflughäfen gehören aufgelöst. Beispiel: Der Flughafen Kassel-Calden: Dort werden Millionen Euro öffentlicher Mittel regelrecht „verbrannt“! Der Kasseler Airport wird mit Steuergeld künstlich am Leben gehalten. Maximal drei Flieger pro Woche heben noch ab. Der Flughafen gehört geschlossen!

Auch andere Flughäfen haben durch Corona einen immensen Einbruch bei den Passagierzahlen zu verzeichnen, beim Kassel Airport ist aber klar, der Flughafen hat keine Existenzberechtigung. Er hat keinen verkehrspolitischen Sinn - er ist ein Steuergrab!

Der Flughafen sei ein „wichtiges Infrastrukturprojekt für die Region“, heißt es im CDU-geführten Finanzministerium.

Wann merkt man eigentlich die Grünen in der Landesregierung?

Die Klimakrise verlangt strenge Regulierungen

Die EU-Kommission hat festgelegt, dass bis 2030 „bei planbaren kollektiven Reisen unter 500 km“ kein CO₂ mehr freigesetzt werden und der inner-europäische Kurzstreckenflugverkehr weitgehend wegfallen soll.“

Das Bündnis der Bürgerinitiativen begrüßt dies und schreibt:

Der Luftverkehr nimmt bislang eine unrühmliche Rolle ein, wenn es um die Reduzierung von Klima- und gesundheitsschädlichen Emissionen geht. Staatshilfen für die Lufthansa in Milliardenhöhe werden ohne jegliche umweltpolitischen Verpflichtungen gewährt, weitere unsinnige Ausbaupläne, wie Terminal 3 am Frankfurter Flughafen, werden mit Zustimmung der politischen Mehrheit seigner Land Hessen und Stadt Frankfurt unverdrossen weiterverfolgt, als hätte das damit angestrebte Wachstum des Luftverkehrs nichts mit der Klimakrise zu tun.“

Der Albtraum für die Lufthansa

In Frankreich ist die Entscheidung über Staatshilfen für die französische Airline Air France-KLM bereits gefallen. Frankreich will, dass Air France die nachhaltigste Fluglinie der Welt wird und die Zahl seiner Kurzstreckenflüge drastisch senkt.

So viel Einmischung muss Lufthansa hier wohl nicht fürchten. Bei uns hilft die Bundesregierung mit einem Kredit von neun Milliarden Euro und beteiligt sich auch direkt am Unternehmen, mit 25 Prozent plus einer Aktie und zwei Aufsichtsräten. Was die dort machen, wird man sehen.

Was man machen kann, zeigt Frankreich. Ein Albtraum für Lufthansa.

Der französische Finanzminister Bruno Le Maire: Schließlich seien die Hilfen kein Blankoscheck „Ziel von Air France muss sein, die Airline zu werden, die den Schutz des Planeten am nachhaltigsten garantiert.“

Neue Studie Tödlicher Fluglärm

Eine neue Studie am Flughafen Zürich zeigt, dass Fluglärm nicht nur langfristig krank macht, sondern insbesondere Fluglärmereignisse in der Nacht auch direkt zum Tod führen können.

Untersucht wurden knapp 25.000 Herz-Kreislaufbedingte Todesfälle im Umkreis des Flughafens in den Jahren 2000-2015. Festgestellt wurde ein Zusammenhang zwischen einem Lärmereignis im Zeitraum von 2 Stunden vor dem Tod mit allen Sterbefällen aufgrund von kardiovaskulären Krankheiten.

Das Durchschnittsalter der Betroffenen liegt für Frauen über 80, bei Männern um 75 Jahre. Ob Vorerkrankungen, die es gab, auch durch Fluglärm bewirkt wurden, konnte in dieser Studie nicht ermittelt werden, wäre aber durchaus plausibel.

Festzuhalten ist aber: Es war Fluglärm, die den Tod bewirkt haben.

Stellenabbau beim „Jobmotor“

Die Fluggesellschaft Lufthansa will 29.000 Jobs vernichten, etwa ein Fünftel der verbliebenen Belegschaft.

In diesem Jahr sollen noch einmal 10.000 Stellen in Deutschland gestrichen werden. Bei den Tochtergesellschaften hat Lufthansa bereits zugelangt: Eurowings reduzierte die Belegschaft um 12 % die österreichische AUA verabschiedete sich von 6% der Mitarbeiter, Brussels Airlines sogar von 14%. Die Catering-Tochter LSG wurde von Lufthansa verkauft, 7.500 Beschäftigte sind davon betroffen.

Im Mai hatte die Bundesregierung ein Rettungspaket beschlossen und 20% der Lufthansa für rund 300 Millionen Euro übernommen. Laut „Handelsblatt“ beträgt der Umfang der Staatshilfen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und der EU etwa 9 Milliarden Euro. Bisher habe Lufthansa davon 3 Milliarden in Anspruch genommen.

Die Staatshilfen dienen nicht der Beschäftigungssicherung, wie Großinvestor Thiele deutlich machte. Im Gegenteil, der Druck auf die Beschäftigten wird mit Verweis auf die Staatshilfen noch erhöht: „Die Bundesregierung muss sich fragen, wie lange es vertretbar ist, dass mit öffentlichen Mitteln Jobs erhalten werden, für die es keinen Bedarf mehr gibt“, so Thiele im „Spiegel“. Die Gewerkschaft ver.di hat eine Krisenvereinbarung mit der Lufthansa geschlossen, die von 71% der Gewerkschaftsmitglieder angenommen wurde. Der Kampf um die Arbeitsplätze muss hart geführt werden, wenn es Erfolge geben soll.



Das heutige Foto wurde etwa Anfang der 1980er Jahre aufgenommen und zeigt Walldorfer Frauen während der großen Protestbewegung „Keine Startbahn/West“, wie sie mit aussagekräftigen Schildern und Transparenten ihre Meinung kundtun.



Sie waren auch mit dabei, als tausende Bürger unserer Stadt und aus der Umgebung, sich schützend vor die Bäume stellten, ähnlich wie in diesen Wochen die Menschen im Dannenröder Forst.

Es war ein gewaltiges Aufbegehren zum Schutz unseres Waldes und für den Erhalt der Naherholungsgebiete. Was heute immer deutlicher wird - die Protestbewegung war damals, vor über 40 Jahren, ihrer Zeit voraus.

Es war auch eine Bewegung zum Schutz unseres Klimas, über dessen negativen Veränderungen heute täglich in den Medien berichtet wird.

Ihnen gegenüber stand auch damals die Staatsmacht mit Wasserwerfern und Knüppeln, bereit, brutal auf die friedlich demonstrierenden einzuschlagen.

Auf unserem Foto sehen wir von links: Hilde Lorenz, Brigitte Linneberger, Christel Tron, Lieselotte Gahn und ganz rechts Dina Scherber.

Liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung! Wir freuen uns, wenn Sie dem „blickpunkt“ durch Mitarbeit und Informationen helfen. Wir freuen uns über alte Fotos. Wir brauchen auch weiter Ihre finanzielle Unterstützung. Das blickpunkt-Spenden-Konto: Kreissparkasse GG - IBAN DE37508525530009003419

Beethoven wurde vor 250 Jahren geboren. Am 17. Dezember 1770 wurde er in Bonn getauft. In seiner einzigen Oper „Fidelio“ heißt es im Chor der Gefangenen: „O welche Lust, in freier Luft - Den Atem leicht zu heben! - Nur hier, nur hier ist Leben!“ Wir mussten daran denken in der Pandemiezeit, in der wir uns mit Masken schützen müssen. Zum Jahreswechsel wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern vor allem Gesundheit. Der „Lockdown“ wird vergehen, wir werden wieder „... leicht den Atem heben können!“

Wir wünschen allen ein friedliches Jahr und politische Aufmerksamkeit - vor allem am 14. März 2021.

DKP Mörfelden-Walldorf und das „blickpunkt“-Kollektiv

Unser Lexikon

Schbrisch

Vunn deem nimmd
koan Hund
koa Schdiggsche
Brood mee.